

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT



Schutz für die Kleinen

Unfälle vor Kindergärten und -krippen kommen leider immer wieder vor, weil man dort oft auf Tempo 30 verzichtet; vor allem in den Ferien, obwohl die Betreuungseinrichtungen in Betrieb sind. Jetzt pocht die KPÖ auf mehr Schutz für die Kleinen. Der 30er soll immer – auch in den Ferien – gelten, wenn Kinder unterwegs sind. KPÖ-Mandatar **Christian Sikora** stellte den entsprechenden Antrag im Gemeinderat.



Gastgärten ohne Bewilligung

Für den Betrieb eines Gastgartens – sowohl auf privatem als auch auf öffentlichem Grund – ist eine gewerberech-

liche Bewilligung gefordert, sagt der Verwaltungsgerichtshof. In Graz ist das anders – über eine derartige Bewilligung sieht man großzügig hinweg. Das nahm KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber** zum Anlass, bei Bürgermeister Siegfried Nagl nachzufragen, wie viele Gastgärten ohne ordentliches Bewilligungsverfahren betrieben werden (vielleicht alle?) und wie Nagl gedenke, diesen rechtswidrigen Zustand zu beseitigen. Die Antwort wird spannend!



Mehr Wohnraum

Leistbares Wohnen ist ein Menschenrecht. Dafür braucht man entsprechend viele Wohnungen – und in Zukunft noch mehr, weiß KPÖ-Gemeinderä-

tin **Uli Taberhofer**. Nachdem es beim Neubau leider immer wieder klemmt, denkt sie an eine bessere Nutzung leer stehender Wohnungen. Sie stellte im Gemeinderat den Antrag, einen Plan auszuarbeiten. Demnach sollen alle Wohnungen gemeldet werden müssen, die länger als drei Monate leer stehen. Um Leerstände zu vermeiden, tritt die KPÖ für eine Kommunalabgabe für leeren Wohnraum ein.



Werbung nimmt die Sicht

Zumindest die Cityrunner bleiben grün, hat der bis 2003 zuständige Stadtrat Franz Josel seinerzeit versprochen. Heute ist das längst vergessen. Die grünen Trams sind in der Min-

derheit. Das wahre Ärgernis sind aber jene Straßenbahnen, die großflächig verklebt sind und den Fahrgästen die Sicht nach außen rauben. „Verklebte Fenster verwehren den Fahrgästen die Sicht auf unsere schöne Stadt“, ärgert sich KPÖ-Mandatar **Andreas Fabisch**. Älteren Menschen werde damit die Orientierung erschwert. Wenn schon Werbung, dann wenigstens nur auf den nicht-gläsernen Flächen, forderte er im Gemeinderat.



GIFTIGE NAHRUNG

**Bisphenol A** nennt sich eine Substanz, die in der chemischen und Nahrungsmittelindustrie gang und gäbe ist. Nun stellte sich heraus, dass Bisphenol A – es ist z.B. in vielen Verpackungen enthalten – gefährlich ist. Es kann das Erbgut schädigen, zu Leber- und Herzerkrankungen oder zu Krebs führen, die Fähigkeit zur Fortpflanzung vermindern. Bisphenol A ist bei mehr als 90 Prozent der Bevölkerung im Körper nachweisbar. KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** hat sich im Gemeinderat erfolgreich für Gegenmaßnahmen stark gemacht. Die Stadt wird beim Bund darauf pochen, dass Bisphenol A als Gift eingestuft und aus dem Lebensmittelsektor verbannt wird.

Mausoleum: Stadt soll Renovierung alleine zahlen.



550.000 Euro fürs Mausoleum

Keine Frage: Das Mausoleum ist ein Wahrzeichen von Graz und soll durchaus im Glanz erstrahlen. Dass allerdings die Stadt ganz alleine dafür bezahlen soll, ist schon bedenklich. Denn stolze 550.000 Euro macht die Sanierung der Außenseite aus. Die Kosten dafür muss die Stadt tragen, weil es eine gültige Vereinbarung des damaligen Bürgermeisters **Alfred Stingl** (bis Anfang 2003 im Amt) gibt; damals ging es der Stadt freilich finanziell weit besser. Eine Teilung der Kosten, am besten zwischen Stadt, Land und Kirche, wäre gerecht, meint die Grazer KPÖ.